



Nummer 3
31. Januar 2005
www.cdu.de

D O K U M E N T A T I O N

Bundesausschuss der CDU Deutschlands

am 24. Januar 2005
in Berlin

Einsetzungsbeschluss
der Kommission „Frauen,
Familie und Beruf“

Beschluss
„Für bessere Bildung –
gegen die Einheitsschule“

Bundesausschuss der CDU Deutschlands

Beschluss Nr. 1

Das Verständnis der Rollen von Frau und Mann in Partnerschaft, Ehe und Familie hat sich in den zurückliegenden Jahren grundlegend gewandelt. Viele Frauen wollen ihren Lebensentwurf nicht ausschließlich als eine vom Mann abhängige und weitgehend auf Haushaltsführung und Kindererziehung beschränkte Rolle verstehen. Männer können und wollen immer seltener die alleinigen Ernährer der Familie sein; immer mehr Männer werden ihrer Vaterrolle auch durch eine intensive Teilhabe an der Erziehung ihrer Kinder gerecht. Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Modell für den Lebensentwurf junger Erwachsener. Sie wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Allerdings ist es auch heute noch überwiegend ein Problem für Frauen, Familien- und Erwerbsarbeit zufrieden stellend miteinander zu verknüpfen. Dies hat vielfältige Ursachen.

Es kann nur begrüßt werden, wenn Frauen mehr als bisher qualifizierten Berufstätigkeiten nachgehen. Frauen sind heute gleich gut gebildet wie Männer. Frauen haben ein gleiches Recht wie Männer, Beruf und Familie möglichst spannungsfrei miteinander zu vereinbaren.

Darüber hinaus wird ein weiterer Gesichtspunkt immer wichtiger: Die sich aus der Ab-

nahme der Bevölkerungszahl ergebenden Folgeprobleme für den Arbeitsmarkt im Blick auf die Zahl der Erwerbspersonen werden erheblich sein. Wir werden uns in Deutschland darauf einstellen müssen, dass es zunehmend erforderlich wird, den notwendigen Bedarf insbesondere an qualifizierten Arbeitskräften dadurch zu decken, dass Männer und Frauen einer Berufsarbeit nachgehen, ohne dass dies die Verantwortung gegenüber der Familie einengen darf. Die Frauenerwerbsquote in Deutschland muss bereits auf mittlere Sicht deutlich gesteigert werden.

Der gerade in Deutschland ausgeprägte Mangel an Kindern und der dadurch verursachte demographische Wandel kann nicht damit erklärt werden, dass zunehmend Frauen die Erwerbsarbeit der Familienarbeit vorziehen. Zum einen hat Deutschland eine der niedrigsten Frauenerwerbsquoten in Europa; zum anderen kann nachgewiesen werden, dass die europäischen Länder mit hoher Frauenerwerbsquote auch zugleich die höchsten Geburtenraten haben. Kinder kommen dann zur Welt, wenn Mütter und Väter zuversichtlich in eine Zukunft mit Kindern schauen können. An dieser in anderen Ländern vorhandenen Zuversicht will die CDU sich orientieren.

Der Bundesausschuss beauftragt daher den Bundesvorstand, eine Kommission „Frauen, Familie und Beruf“ einzusetzen, die folgende Themenfelder untersucht und aus den erhobenen Befunden politische Schlussfolgerungen zieht:

- Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien und für die Erziehung von Kindern; veränderte Gestaltung der Vaterrolle
- Möglichkeiten der Schaffung eines bedarfsgerechten und flexiblen Angebotes an Kinderbetreuungseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft
- Gestaltung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in Kooperation mit der Wirtschaft
- Ausmaß, Zuwachs und Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen
- Förderung der Berufsrückkehr von Müttern und Vätern nach der Phase der abschließlichen Familienarbeit
- Gezielte Hilfen für alleinerziehende Mütter und Väter
- Chancen und Grenzen einer aktiven Bevölkerungspolitik
- Konzept für einen modernen, transparenten Familienleistungsausgleich und zur Verbesserung der finanziellen Gerechtigkeit für Familien
- Strategien gegen die Folgen zunehmender seelischer Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen; Hilfestellungen für Eltern, die sich durch ihre Erziehungsaufgabe überfordert fühlen.

Die Kommission soll ihren Bericht bis Ende August dem Bundesvorstand zuleiten. Der Bundesvorstand wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Berichtes einen handlungsorientierten Antrag an den 19. Parteitag am 5./6. Dezember 2005 einzubringen.

Bundesausschuss der CDU Deutschlands

Beschluss Nr. 2

■ Für bessere Bildung. Gegen die Einheitsschule!

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum gewachsenen gegliederten Schulsystem. Jedes Kind muss nach seinen Begabungen und Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Das gegliederte Schulsystem will die CDU weiter ausbauen und verbessern. Wir sind gegen eine Einheitsschule nach rotem grünem Muster.

Die CDU wird auf eine Stärkung der Grundschule drängen. Die CDU wird durch klare Bildungsziele die Qualität der Abschlüsse verbessern und die Vergleichbarkeit von Inhalten und Abschlüssen gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kinder früher eingeschult, durch die Vermittlung von Kernkompetenzen die Ausbildungsfähigkeit verbessert und die Schulzeit bis zum Abitur verkürzt werden.